

L1NEU2 Nicht nur Sterne, sondern Werte – für eine solidarische EU!

Gremium: Landesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 11.03.2023
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Leitantrag

Antragstext

1 Seit einem Jahr gibt es wieder Krieg auf dem europäischen Kontinent. Was lange
2 undenkbar schien wurde Realität, als Putin die Ukraine angriff. Schmerzlich
3 wurde uns vor Augen geführt, dass Frieden in Europa keine Selbstverständlichkeit
4 ist. Freies Reisen ohne Grenzkontrollen, in Spanien im Urlaub das Eis mit Euro-
5 Münzen bezahlen oder das Erasmus Semester an einer anderen Uni – das alles sind
6 Bestandteile unseres europäischen Alltags. Vorzüge die häufig in Vergessenheit
7 geraten. Deshalb sehen wir es auch als Aufgabe der GRÜNEN JUGEND die Vorteile
8 der EU sichtbar zu machen und für eine starke EU zu kämpfen. Doch vergessen wird
9 oft, dass die EU nicht nur eine Wirtschaftsunion, sondern vor allem auch eine
10 historische Idee für Frieden und Demokratie ist. Und damit wichtiger als je
11 zuvor! Gerade aus diesem historisch gewachsenen Selbstverständnis heraus stehen
12 wir als GRÜNE JUGEND solidarisch hinter der Ukraine und fordern ein schnelles
13 Aufnahmeverfahren in die EU.

Unia Europejska dla wszystkich!

15 Brandenburg liegt mitten im Herzen von Europa, mit Polen direkt an unserer
16 Seite. Mit unseren polnischen Nachbar*innen teilen wir nicht nur die Oder,
17 sondern vor allem auch eine besondere Freundschaft und Verbundenheit. Diese
18 Freundschaft aktiv zu leben ist heute wichtiger denn je: die polnische PiS-
19 Regierung versucht mit einem anti-europäischen Diskurs gezielt die deutsch-
20 polnische Zusammenarbeit zu verhindern und nationalistische und populistische
21 Interessen zu bewerben. Für uns ist klar: wir lassen uns nicht spalten! In
22 Zeiten der Krisen und Unsicherheit stehen wir umso fester an der Seite unserer
23 polnischen Freund*innen. Um die deutsch-polnische Freundschaft gerade unter
24 Kindern und Jugendlichen weiter zu festigen und besonders den Austausch zwischen
25 Brandenburg und Polen zu stärken fordern wir:

- regelmäßige (Jugend-) Austauschprogramme zwischen Polen und Brandenburg
- Die Ausweitung von Polnisch-Unterricht, sowie die Förderung deutsch-

28 polnischer Jugendbildung an allen Brandenburger Schulen

- 29 • Schnelle Umsetzung des Konzept der Landesregierung zum Ausbau der
30 Mehrsprachigkeit

31 **Fight Nationalism – Love Europe!**

32 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind die Grundpfeiler, auf denen die EU fußt.
33 Wollen Staaten der Union beitreten, gibt es strenge Kriterien, die sie erfüllen
34 müssen. Doch sind Staaten erst einmal beigetreten, gibt es wenige Mechanismen,
35 die sie zur Einhaltung grundlegender demokratischer Werte verpflichten.
36 Populistische und anti-demokratische Stimmen gewinnen in der Europäischen Union
37 mehr und mehr Einfluss, so auch mittlerweile in Schweden oder Italien. Als GRÜNE
38 JUGEND Brandenburg stellen wir uns anti-europäischen Kräften entschlossen
39 entgegen! Wir machen klar: Unsere Zukunft ist eine solidarische EU!

40 Seit Jahren ist in Polen und Ungarn der Schutz von Minderheiten aktiv gefährdet.
41 Daher ist der Christopher Street Day (CSD), den es seit 2020 in der Doppelstadt
42 Frankfurt (Oder) und Slubice gibt, ein symbolträchtiger Protest. Ein Protest und
43 Symbol für die Rechte von queeren Menschen in Deutschland, Polen und ganz
44 Europa! Gerade in Polen steht die LGBTIQ*-Community unter immer größerem
45 politischen, strukturellen und psychischen Druck. Junge queere Menschen werden
46 häufiger als heterosexuelle Jugendliche von ihren Eltern nicht akzeptiert und
47 aus ihrem Zuhause vertrieben. Im Alltag müssen sie oft mit verbalen und
48 körperlichen Übergriffen rechnen. Wir als GRÜNE JUGEND Brandenburg stehen hinter
49 dem Motto: Liebe ohne Grenzen! Wir stehen solidarisch mit allen queeren Menschen
50 in Polen, Ungarn und anderen europäischen Ländern, die Unterdrückung und
51 Ausgrenzung erleben.

52 Die rechten Regierungen in Polen und Ungarn hebeln die Rechtsstaatlichkeit aus,
53 unterdrücken die Pressefreiheit und versuchen oppositionelle Stimmen
54 systematisch mundtot zu machen. Damit gefährden sie die Demokratie in der
55 gesamten EU. Als GRÜNE JUGEND Brandenburg stehen wir solidarisch an der Seite
56 der mutigen Menschen in Polen und Ungarn, die für Demokratie in ihren Ländern
57 kämpfen!

58 Wir fordern daher:

- 59 • die Doppelstadt Frankfurt (Oder) und Slubice auf, sich zu einem offenen
60 und LGBTIQ*-freundlichen Raum zu erklären

- 61 • mehr Sichtbarkeit und Respekt, sowie Anlaufpunkte und Beratungsangebote
62 für queere Menschen in Frankfurt (Oder) und Słubice
- 63 • den Beauftragten der Bundesregierung für die deutsch-polnische
64 zwischengesellschaftliche und grenznahe Zusammenarbeit auf, Verstöße gegen
65 den Rechtsstaat und einer unabhängigen Justiz klar zu benennen und
66 anzuprangern
- 67 • dass sich das Land Brandenburg dafür stark macht, oppositionelle Bewegungen
68 und Organisationen in Polen und Ungarn aktiv zu unterstützen. Dazu gehört
69 die Bereitstellung von finanziellen Ressourcen im Rahmen der
70 Demokratieförderung, aber auch die Etablierung von Schutzprogrammen für
71 Menschen, die vor Verfolgung bei uns Schutz suchen.
- 72 • dass sich das Land Brandenburg speziell in Polen und Ungarn für
73 Freiheitsrechte, Demokratieförderung und LGBTIQ*-Rechte stark macht, und
74 die Etablierung von Schutzprogrammen in Brandenburg für Menschen, die
75 verfolgt werden.

76 **No Border – No Nation – Stop Deportation!**

77 Als GRÜNE JUGEND Brandenburg betonen wir immer wieder: Kein Mensch ist illegal!
78 Wenn Menschen aus ihrer Heimat, ihrem Zuhause fliehen und alles hinter sich
79 lassen, dann tun sie das nicht ohne Grund. Sie tun es, weil ein Leben in Frieden
80 und Sicherheit dort schlichtweg nicht mehr möglich ist. Eine Flucht ist der
81 verzweifelte Wunsch nach einer lebenswerten Zukunft.

82 Auf dem Weg in diese Zukunft sind schutzsuchende Menschen jedoch immer wieder
83 gezwungen, sich in unvorstellbare Gefahr zu begeben. Sie müssen sich
84 Schlepper*innen ausliefern, tausende Kilometer zu Fuß zurücklegen oder in
85 seeuntauglichen Booten das Mittelmeer überqueren. Das Recht auf Asyl ist ein
86 Menschenrecht. Anstatt dass die EU ihrer Verantwortung gerecht wird und
87 Menschenrechte wahrt, werden Mauern und Zäune gebaut. Die EU finanziert durch
88 bewaffnete und kriminelle Milizen durchgeführte illegale Pushbacks, damit sie
89 sich nicht selber die Hände schmutzig machen muss. Als GRÜNE JUGEND Brandenburg
90 verurteilen wir dieses offensichtlich menschenrechtswidrige Vorgehen aufs
91 Schärfste. Wir kämpfen weiter für eine Welt, in der sichere Fluchtwege endlich
92 Realität sind.

93 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat sichtbar gemacht, wie
94 unkompliziert und solidarisch eine europäische Asylpolitik aussehen kann. Die
95

96 angesichts des Krieges so dringend nötigen politischen Handlungen des letzten
97 Jahres und die wichtige Aufnahmebereitschaft vieler europäischer Staaten dürfen
98 nun jedoch kein Sonderfall bleiben. Diese Entwicklungen zeigen ebenfalls, wie
99 sehr die aktuelle Asylpolitik der Europäischen Union von einem zutiefst
100 rassistischen Weltbild geprägt ist. Es zeigt, wie sehr in der
101 Aufnahmebereitschaft zwischen Menschen aus der Ukraine und Menschen aus anderen,
102 nicht europäischen Staaten, unterschieden wird. Dieses Weltbild muss endlich der
Vergangenheit angehören!

103 Wir fordern daher:

- 104 • Einen EU-weiten Aufnahmeschlüssel, sowie ein einheitliches und schnelles
105 Aufnahmeverfahren innerhalb der Europäischen Union!

- 106 • Einen Stopp der Finanzierung der sogenannten „Lybischen Küstenwache“

- 107 • Abschaffung der Grenzschutzagentur Frontex und ein Ende der illegalen
108 Pushbacks

- 109 • Langfristig eine staatlich finanzierte und koordinierte Seenotrettung, bis
110 dahin eine aktive Unterstützung und Entkriminalisierung der zivilen
111 Seenotrettung und von Nicht-Regierungs-Organisationen

112 Die GRÜNE JUGEND Brandenburg macht klar: unsere volle Solidarität gilt allen
113 Menschen auf der Flucht! Die Europäische Union muss ihrer Verantwortung
114 gegenüber den Menschen, die mit Hoffnung auf Schutz und eine Zukunft hier
115 ankommen endlich gerecht werden!

116 **Klimagerechtigkeit heißt: Kämpfe verbinden!**

117 Die Klimakrise ist mit Dürren und Waldbränden schon längst in Brandenburg
118 angekommen. In anderen Ländern, vor allem im globalen Süden, sind dabei die
119 negativen Folgen der Klimaerhitzung noch viel gravierender zu spüren. Die
120 aktuelle Klimakrise ist die größte globale Herausforderung unserer Zeit und kann
121 nur global bekämpft werden. Gerade die Europäische Union trifft dabei eine
122 besondere Verantwortung. Als eine der historischen Hauptemittent*innen ist sie
123 Verursacherin eines großen Teil der klimaschädlichen Emissionen. Die bisher
124 getroffenen Maßnahmen reichen bei weitem nicht aus, um das angestrebte Ziel von
125 einer maximalen globalen Erwärmung um 1,5°C zu erreichen, zudem sich
126 Brandenburg, Deutschland und die EU bekannt haben! Die Taxonomie, die unter

127 anderem die Energieerzeugung aus Atomkraft und Gasverbrennung als
128 umweltfreundlich darstellt, verurteilen wir als GRÜNE JUGEND aufs Schärfste! Um
129 zu verhindern, dass Staaten immer nur mit dem Finger aufeinander zeigen und
130 selber nicht handeln, braucht es jetzt eine starke, ambitionierte, gemeinsame
131 und verbindliche Klimaschutzpolitik der EU. Diese muss einerseits das
132 Trittbrettfahrer*innen-Dilemma lösen und andererseits unbedingt die soziale
133 Ungleichheit der Klimakrise mit einbeziehen.

134 Der bereits bestehende Zertifikatehandel kann dabei ein wichtiger Schritt in die
135 richtige Richtung sein - allerdings viel zu langsam und bisher durch die
136 Reduzierung auf einzelne Sektoren stark eingeschränkt. Förderungen insbesondere
137 für den Agrarsektor müssen an klima- und umweltfreundliche Praktiken der
138 Bewirtschaftung gekoppelt werden! Die Förderung z. B. von bodenschonendem
139 Ackerbau, extensiver Tierhaltung, und der Wiedervernässung von Mooren macht
140 nachhaltige Landwirtschaft lohnenswert und Landwirt*innen werden nicht mehr dazu
141 gezwungen, zwischen Einkünften und ökologischem Anbau zu entscheiden.

142 Die Umweltkatastrophe an der Oder im letzten Sommer hat dabei gezeigt, wie
143 wichtig grenzübergreifende Klima- und Umweltpolitik ist! Im Falle von sich
144 abzeichnenden Katastrophen müssen wir handlungsfähig sein und schneller
145 gemeinsame Lösungen finden. Vor allem aber braucht es einen gemeinsamen Kurs in
146 Richtung Klimaneutralität und Stabilisierung der Ökosysteme. Wir fordern daher
147 als GRÜNE JUGEND, dass der Oder-Ausbau unverzüglich gestoppt wird! Neben
148 politischen Druck braucht es auch den Druck von der Straße. Die GRÜNE JUGEND
149 Brandenburg sieht sich dabei als selbstverständlichen Teil der europäischen und
150 weltweiten Klimabewegung.

151 Wir fordern:

- 152 • Eine Ausweitung des europäischen Zertifikatehandels auf alle Sektoren und
153 eine schnelle Reduktion der zur Verfügung stehenden Zertifikate

- 154 • Mehr Förderung für ökologische Landnutzung und Wiedervernässung von Mooren
155 von Europäischer Ebene

- 156 • Eine ambitionierte, budgetorientierte gemeinsame Klimapolitik der EU

- 157 • Einen sofortigen Stopp des Oderausbaus

- 158 • Bessere Kooperation und Kommunikation zwischen Polen und Deutschland im

159 Falle von Umweltkatastrophen

160 **Zug statt Flug – Für mehr Züge auf europäischen Schienen**

161 Vor wenigen Wochen besiegelte das EU-Parlament das Ende des Verbrennermotors. Ab
162 2035 werden Kleinfahrzeuge nur zugelassen, wenn sie keine Treibhausgase
163 ausstoßen. Die GRÜNE JUGEND Brandenburg findet diesen Schritt richtig und
164 überfällig, doch aus der wegweisenden Entscheidung dürfen keine falschen
165 Schlüsse gezogen werden. Das Ende des Verbrenners darf nicht bedeuten, dass in
166 Zukunft mit neuem Antrieb genauso viele Autos auf den Straßen unterwegs sind.
167 Wir kämpfen für eine Verkehrswende, die energieeffizientes Reisen in den
168 Mittelpunkt stellt und alle Menschen mitnimmt. Dafür brauchen wir eine
169 Infrastruktur, die Menschen Vorfahrt gewährt, welche zu Fuß, mit dem Rad oder
170 den Öffis unterwegs sind. Mit unserem kleinen CO2-Restbudget im Verkehrssektor
171 müssen wir verantwortungsvoll umgehen. Der Umstieg auf den Elektromotor ändert
172 nichts daran, dass Autos viel Energie verbrauchen. Wir sehen es kritisch, dass
173 überdimensionierte Autos für Menschen mit prallem Geldbeutel nun auch in
174 Brandenburg gebaut werden.

175 Die Vorzüge der Mobilitätsfreiheit innerhalb der EU werden besonders an einem
176 Bahnhof deutlich: Direktverbindungen nach Warschau, Stockholm, Amsterdam oder
177 Prag. Doch trotz der mittlerweile vielen Angebote, nutzen noch immer zu viele
178 Menschen das Flugzeug oder Auto für innereuropäische Reisen. Wir sind als GRÜNE
179 JUGEND überzeugt, dass gerade bessere Zugverbindungen das Gemeinschaftsgefühl
180 innerhalb der EU stärken und die Vorzüge der EU sichtbarer machen. Besonders in
181 den Grenzregionen ist eine gute Taktung zwischen den Ländern von großer
182 Bedeutung.

183 Wir fordern daher:

- 184 • regelmäßige, kostengünstige und unkomplizierte innereuropäische
185 Zugverbindungen, mit besonderem Augenmerk auf Nachtzüge
186
187 ein einheitliches, barrierefreies Tarif- und Buchungssystem mit
188 grenzüberschreitenden Fahrgäst*innenrechten, unabhängig von Anbieter*innen

- 189 • Einen Stundentakt zwischen Berlin und Stettin und den Ausbau der
190 Zugverbindung und bessere Taktung zwischen Brandenburg und Polen

- 191 • Den Ausbau der Infrastruktur für Radfahrer*innen, Fußgänger*innen und für
192 den Öffentlichen Personennahverkehr

193 **Schluss mit der Ausbeutung auf Spargel- und Gurkenfeldern!**

194 Für viele Menschen ist die EU auch die Freiheit, in anderen Ländern zu leben und
195 zu arbeiten. Doch Ausbeutung, schlechte Gesundheitsversorgung und
196 menschenunwürdige Arbeitsbedingungen stehen dabei auf der Tagesordnung vieler
197 Menschen, die vor allem aus Osteuropa als Saisonarbeitskräfte zu uns kommen.
198 Brandenburg ist berühmt für seinen Spargel oder seine Spreewaldgurken. Was viel
199 weniger bekannt ist: Menschen, die den Spargel unter anstrengendster
200 körperlicher Arbeit auf den Feldern stechen bekommen dafür oftmals nur einen
201 Hungerlohn, müssen in unwürdigen Unterkünften hausen oder bekommen den Pass
202 abgenommen. Das stellt eine massive Verletzung der Persönlichkeitsrechte dar!

203 Die Arbeit von Menschen aus Osteuropa darf nicht weniger wert sein, als die von
204 Menschen aus anderen Teilen der EU! Ob in der Pflege von kranken Menschen, bei
205 der Spargel- und Gurkenenernte oder beim Anschrauben der Solarpanels auf Dächern –
206 es braucht endlich eine zeitgemäße Antwort auf den Fachkräftemangel und ein Ende
207 der Stigmatisierung und Ausbeutung osteuropäischer Arbeitskräfte. Für die GRÜNE
208 JUGEND Brandenburg ist klar: Wir wollen aber in einer solidarischen EU leben, in
209 der Menschen nicht unter kapitalistischen Zwängen leiden müssen und in der
210 Konzerne die Bewegungsfreiheit einschränken, um Arbeitskräfte unterbezahlt und
211 unter schlechten Bedingungen auszubeuten.

212 Wir fordern:

- 213 • Saisonarbeitskräfte müssen ein selbstverständlicher Teil von
214 Gewerkschaften und gewerkschaftlichen Kämpfen werden

- 215 • höhere Löhne für Saisonarbeitskräfte!

- 216 • menschenwürdige Unterbringung und gute Versorgung der Arbeitskräfte

- 217 • starke Kontrollen der Einhaltung von Arbeitsschutzmaßnahmen

Begründung

Glossar:

Christopher Street Day: Der Christopher Street Day (CSD) ist eine jährliche Parade, die in vielen Städten weltweit von der LGBTIQ*-Community

Saisonarbeitskräfte: Saisonarbeitskräfte sind Arbeiter*innen, die für einen begrenzten Zeitraum, oft nur für eine Saison, eingestellt werden.

Gewerkschaften: Gewerkschaften sind Organisationen von Arbeitnehmer*innen, die sich zusammenschließen, um ihre Arbeitsbedingungen und -rechte zu verbessern, außerdem verhandeln sie im Namen ihrer Mitglieder mit Arbeitgebern über Löhne, Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen und andere Arbeitsfragen, sowie das Organisieren von Streiks um so die Forderungen durchzusetzen.

Gewerkschaftliche Kämpfe: Gewerkschaftliche Kämpfe sind Auseinandersetzungen zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgebern oder der Regierung um Arbeitsbedingungen, Löhne oder andere Arbeitsrechte

Kapitalismus: Der Kapitalismus ist ein Wirtschaftssystem, das auf der Idee der freien Marktwirtschaft basiert. In diesem System werden Produktion, Verteilung und Austausch von Waren und Dienstleistungen von privaten Unternehmen und Individuen kontrolliert und reguliert. Die treibende Kraft des Kapitalismus ist der Profit, der durch die Maximierung von Einnahmen und die Minimierung von Kosten erreicht wird

Kapitalistische Zwänge: Kapitalistische Zwänge beziehen sich auf die Zwänge, die durch das kapitalistische Wirtschaftssystem entstehen. Kapitalistische Zwänge können sich auf die Notwendigkeit beziehen, Gewinne zu erzielen, den Wettbewerb mit anderen Unternehmen zu überleben oder Kosten zu senken, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Diese Zwänge können oft dazu führen, dass Arbeitnehmer*innen schlechter bezahlt werden oder dass die Umwelt geschädigt wird

Solarpanels: Solarpanels sind technische Geräte, die Sonnenlicht in elektrische Energie umwandeln

Infrastruktur: Infrastruktur bezieht sich auf die grundlegenden Einrichtungen und Systeme, die benötigt werden, um eine Gesellschaft am Laufen zu halten. Dazu gehören beispielsweise Straßen, Brücken, Wasser- und Stromversorgung, öffentliche Verkehrsmittel und Telekommunikationseinrichtungen

Zertifikatehandel: Beim Zertifikatehandel werden Emissionszertifikate gehandelt, die Unternehmen erwerben müssen, um eine bestimmte Menge an Treibhausgasemissionen ausstoßen zu dürfen

Trittbrettfahrer*innen-Dilemma: bezieht sich auf eine Situation, in der Personen oder Gruppen von den Vorteilen eines gemeinschaftlichen Handelns profitieren möchten, ohne jedoch dazu beizutragen. Das Dilemma entsteht, wenn die Kosten für die Beteiligung hoch sind und die Vorteile für die Gesellschaft insgesamt gelten

PiS-Regierung: ist eine konservative und nationalistische Partei in Polen, die derzeit an der Macht ist. Sie wurde 2001 gegründet und hat seit 2015 die Regierung Polens gestellt

nationalistischen /populistischen: Diese beiden Begriffe beziehen sich auf politische Strömungen oder Bewegungen. Nationalismus betont die Wichtigkeit der nationalen Identität und Souveränität, während Populismus sich auf politische Bewegungen bezieht, die behaupten, für das Volk zu sprechen und sich gegen Eliten und Institutionen stellen, die sie als korrupt und undemokratisch betrachten

LGBTIQ*: Dies ist eine Abkürzung für lesbische, schwule, bisexuelle, trans-, intersexuelle und queere Menschen

Oppositionelle: Oppositionelle sind Personen oder Gruppen, die gegen die Regierung oder die herrschende politische Ordnung protestieren oder sich aktiv dagegen stellen.

Asylpolitik: Asylpolitik bezieht sich auf die Art und Weise, wie ein Land Asylanträge von Flüchtlingen behandelt und entscheidet, wer Anspruch auf Schutz und Aufenthalt hat

„Libyschen Küstenwache“: Die Libysche Küstenwache ist offiziell eine Organisation, die von der Regierung Libyens autorisiert ist, um die Küste und das Territorium des Landes zu überwachen und zu schützen. Tatsächlich handelt es sich dabei aber vor allem um unterschiedliche Milizengruppen. Wer genau hinter der sogenannten „Libyschen Küstenwache“ steckt, ist unklar.

Frontex: Frontex ist eine EU-Agentur, die für die Koordinierung und Überwachung der Grenzkontrolle an den Außengrenzen der Europäischen Union zuständig ist.

Pushbacks: Pushbacks bezieht sich auf die Praxis, Migranten oder Flüchtlinge an den Grenzen zurückzuweisen oder abzuschieben, ohne dass eine angemessene Prüfung ihres Asylantrags oder ihres Schutzbedarfs stattfindet

Hauptemittent*innen: *Die Hauptemittent*innen* sind Unternehmen oder Institutionen, die am meisten Treibhausgase ausstoßen.

Ökosysteme: sind komplexe Gemeinschaften von lebenden Organismen und ihrer Umwelt, die durch Wechselwirkungen und Interaktionen gekennzeichnet sind

Stigmatisierung: bezieht sich auf die negative Zuschreibung von Eigenschaften oder Verhaltensweisen einer Person oder Gruppe aufgrund von Vorurteilen, dadurch können Betroffene diskriminiert, ausgegrenzt oder benachteiligt werden

Biodiversitätsschutz: bezieht sich auf Maßnahmen und Strategien, die darauf abzielen, die Vielfalt und Variabilität der lebenden Organismen und der Ökosysteme zu erhalten und zu schützen